



• • • Zukunft der entwicklungspolitischen Arbeit des Freistaates Sachsen

Positionspapier des Entwicklungspolitischen Netzwerkes Sachsen zur Entwicklungspolitik der sächsischen Landesregierung



Zukunft der entwicklungspolitischen Arbeit des Freistaates Sachsen

Entwicklungspolitik des Freistaates Sachsen auf Landesebene

••• Impressum

Herausgeber

Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen e.V. (ENS)

Kreuzstraße 7 • 01067 Dresden

Tel. 03 51 • 4 92 33 64

Fax 03 51 • 4 92 33 60

E-Mail kontakt@einewelt-sachsen.de

www.einewelt-sachsen.de

März 2016

•••

Positionspapier des Entwicklungspolitischen Netzwerkes Sachsen zur Entwicklungspolitik der Sächsischen Landesregierung

••• Einleitung: Entwicklungsland Sachsen?

Im Spätherbst 2014 erschrickt die Welt über eine neue Bewegung aus der sächsischen Landeshauptstadt Dresden: PEGIDA. Übergriffe auf Geflüchtete und Brandanschläge auf Unterkünfte dominieren die bundesweite Medienberichterstattung.

Sachsens guter Ruf als führende Wirtschaftskraft im Osten Deutschlands, seine Spitzenposition beim PISA-Test und die Entwicklung als Silicon Saxony treten in den Hintergrund. Immer wieder taucht die Frage auf: Wie konnte es soweit kommen? Was ist passiert, dass Menschen der lang herbeigesehnten und mit der Friedlichen Revolution endlich errungenen demokratischen Streitkultur die Existenz absprechen und sich mit menschenverachtenden Parolen im Recht sehen?

In einer globalisierten Welt wirken sich politisches, soziales und wirtschaftliches Handeln nicht selten negativ auf das Leben anderer Menschen aus – gleich in welcher Region dieser Erde sie leben. Wer jedoch nicht persönlich betroffen ist, kann nur schwer nachvollziehen, dass die eigene Lebensweise ernstzunehmende Konsequenzen für andere hat.

Die gegenwärtige Flüchtlingskrise führt nun vielen Menschen erstmalig diese Zusammenhänge vor Augen. Es wird deutlich, dass viele Menschen in Sachsen noch nicht erkennen, dass auch wir hier für viele Fluchtursachen eine Mitverantwortung tragen. **Ein Weg, Menschen in demokratisches und globales Denken einzubeziehen, ist (entwicklungs-)politische Bildungsarbeit.¹**

Ausländische Investoren und mathematisch-naturwissenschaftliche Bildungserfolge sind kein Garant für ein weltoffenes Sachsen. Auf einmal treten lang entwickelte Frustrationen, verpasste Lebenschancen und ein Gefühl sozialer Ungleichheit zu Tage.

Die demokratische Streitkultur erweist sich als (noch) nicht ausreichend gefestigt, um Ängsten, aber auch Unwissen und bewussten Fehlinformationen begegnen zu können.

Globale Zusammenhänge werden bei alledem nur unzureichend in den Blick genommen. Um hieran etwas zu ändern ist eine stärkere Kooperati-

Laut Politischem Monitor ist die politische Bildung in Sachsen stark unterrepräsentiert: Werden durchschnittlich in allen anderen Bundesländern 190 Stunden politische Bildung jährlich pro Klasse unterrichtet, sind es in Sachsen lediglich 55 Stunden.

on zwischen staatlichen Institutionen und der Zivilgesellschaft von Nöten. Nicht nur die entwicklungspolitisch Aktiven leisten hier einen wichtigen Beitrag zu einem gesellschaftlichen Klima der Toleranz, zu Teilhabe und Gewaltfreiheit, sondern auch sozialpolitische, antirassistische Akteure und Initiativen der Friedensbewegung.

Entwicklungspolitik ist mehr als Nahrungsmittel gegen Hungerbäuche zu verteilen, mehr als Brunnen in Afrika zu bauen und mehr als den Tropenwald vor Abholzung zu schützen. Entwicklungspolitische Bildungsarbeit hat auch nichts mit esoterischem Trommeln oder der Lust an exotischen Ländern zu tun.

Entwicklungspolitik ist die Auseinandersetzung mit dem Anderen, eine echte Begegnung und ernstgemeinte Verständigung zwischen Menschen, Kulturen, Staaten. Sie ist der stete Versuch, Probleme mit mehr als Technologie und Verwaltung zu lösen und echte demokratische Kultur zu bauen.

Entwicklungspolitik ist heute aufgrund globaler Wirtschaftskreisläufe auch dazu aufgerufen, sich mit den Konsummustern, Lebensstilen und Kulturpraktiken im globalen Norden zu beschäftigen, die die Lebensbedingungen im globalen Süden massiv beeinflussen.

Entwicklungspolitik bedeutet, den Mut zu haben, auf neue Herausforderungen mit unkonventionellen Lösungen zu reagieren, dabei die Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und Menschenrechte nicht als Problem, sondern als Lösung zu sehen.

Entwicklungspolitisch Engagierte nehmen diese Zusammenhänge in den Blick. Sie vernetzen verschiedene Akteure, um auf komplexe Problemlagen gemeinsame Antworten zu finden. Diese Prozesse mögen manchmal langwierig sein. Sie üben jedoch in Demokratie, im gewaltfreien Streiten und im respektvollen Miteinander.² Je mehr Menschen einbezogen werden, umso nachhaltiger sind die positiven Wirkungen. Dieser Form von Mitmenschlichkeit bedarf es auch, um dem Fremdenhass zu begegnen und Änderungen als Chance zu begreifen.

Nachhaltige Entwicklung ist das Credo, um unsere Gesellschaften zukunftsfähig und weltoffen zu gestalten. Es bedeutet, in den verschiedenen Bereichen das eigene Handeln zu hinterfragen und mit politisch Verantwortlichen den Dialog zu suchen. Im September 2015 verabschiedeten die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen in New York dazu die Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs). Sie machen deutlich, dass es nicht nur im globalen Süden Veränderungen geben muss. Die SDGs beziehen sich erstmals auf alle Länder. Nun müssen alle

So fordert etwa der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen einen neuen Weltgesellschaftsvertrag, der eine Kultur der Achtsamkeit aus ökologischer Verantwortung umfassen soll (WBGU 2011: 3)

einen Beitrag leisten, um aktuelle Bedrohungen, wie den Klimawandel, den Schwund der Artenvielfalt oder die zunehmende Übernutzung der weltweiten Trinkwasserressourcen abzuwenden. Sie verpflichten uns alle, uns für eine nachhaltige Entwicklung zu engagieren: von Umweltschutz über soziale Gerechtigkeit bis hin zur Befriedung von Gesellschaften.

In Deutschland wird bereits sehr konkret über die Umsetzung dieser Ziele nachgedacht. Sie soll insbesondere im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie erfolgen, die zurzeit überarbeitet wird. Die neue Entwicklungsagenda umfasst 17 Ziele und 169 Unterziele und enthält Themen, die Menschen in Sachsen ebenso beschäftigen wie in Vietnam oder Albanien: produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit, weniger Ungleichheit zwischen und innerhalb von Staaten, Schutz des Klimas und der Ökosysteme.

Diese Ziele umzusetzen, ist Aufgabe der Bundesländer. Es ist daher naheliegend, dass Sachsen seine Nachhaltigkeitsstrategie überarbeiten muss, will man den skizzierten Zielen gerecht werden. Staatliches Handeln – auch auf Landesebene – richtet sich in einer globalisierten Welt nicht mehr nur nach innen, sondern wirkt auch immer in ein Außen. Es geht um verantwortliches Handeln gegenüber allen Menschen, künftigen Generationen und auch unseren natürlichen Lebensgrundlagen. Für einen Dialog darüber, wie das gut gelingen kann, sind wir weiterhin aufgeschlossen.

•1• **Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe**

Entwicklungspolitische Maßnahmen sind häufig von anderen Politikbereichen abhängig. Nicht selten werden sie sogar konterkariert. Politische Entscheidungen wie beispielsweise in der Wirtschaftsförderung haben mittel- und unmittelbare Einflüsse auf die sogenannten Entwicklungs- und Billiglohnländer. Entwicklungspolitik ist deshalb als Querschnittsaufgabe zu realisieren.

Sie muss über spezielle Instrumente, wie Entwicklungszusammenarbeit und politische Bildung, hinaus, insbesondere Einfluss auf das Handeln der Ressorts von Wirtschaft, Finanzen, Landwirtschaft, Umwelt, Inneres, Bildung und Kultur nehmen können und sie einer „Entwicklungsverträglichkeitsprüfung“ unterziehen. Ähnliche Querschnittsaufgaben, zum Beispiel im Gender- und Umweltbereich sind bereits Bestandteil des politischen Handelns und sind gemeinhin akzeptiert.

Um ein solches Konzept zu entwickeln, müssen zunächst Kompetenzen gesammelt und Zuständigkeiten geklärt werden. Dabei können Erfahrungen anderer Bundesländer herangezogen werden. Für das Beschaffungswesen des Freistaates liegen bereits konkrete Vorschläge vor (s.u.)

Eine „Sächsische Entwicklungspolitik“ existiert derzeit nicht. Einzelthemen sind in verschiedenen Ministerien sowie der Staatskanzlei verortet.

- Im Bereich „Messe und Außenwirtschaftsförderung“ des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit werden wirtschaftliche Projekte sächsischer Unternehmen in Ländern des globalen Südens und Ostens bearbeitet, deren Priorität jedoch vorrangig in der Förderung der sächsischen Wirtschaft liegt.
- Ein Referat Schulartübergreifende Angelegenheiten im Staatsministerium für Kultus (SMK) behandelt Bildung für Nachhaltige Entwicklung.
- Im Ministerium für Umwelt und Landwirtschaft wurde zeitweise an einer Nachhaltigkeitsstrategie gearbeitet.
- Das Studienbegleitprogramm für Studierende aus Asien, Afrika, Lateinamerika und Osteuropa (STUBE) wird vom Ministerium für Wissenschaft und Kunst gefördert.
- Einiges ist auf Arbeitsebene durch die Zusammenarbeit der Verantwortlichen in den jeweiligen Positionen erreicht worden – auch Unterstützung für zivilgesellschaftliche Akteure, die sich in diesem Bereich engagieren. Jedoch fehlt eine Gesamtstrategie der Landesregierung, die auch über das persönliche Engagement der jeweiligen Verantwortlichen hinaus ein koordiniertes, verantwortliches, entwicklungspolitisches Handeln der Landesregierung sichert.

Forderungen

1.1 Aufwertung entwicklungspolitischer Aktivitäten des Landes und verbindliche Vernetzung der verantwortlichen Ressorts

- Einberufung eines regelmäßig tagenden Runden Tisches³ mit Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung und des entwicklungspolitischen Netzwerkes Sachsen e.V. (ENS), um eine gemeinsame sächsische Strategie für die Entwicklungspolitik zu entwerfen und das Handeln aller Institutionen im Freistaat daraufhin zu evaluieren
- Klärung der AnsprechpartnerInnen und Strukturierung der Aufgabengebiete, Einsatz einer/s Verantwortlichen für Entwicklungspolitik innerhalb der Landesregierung

Dieses gibt es bereits in Bayern und Brandenburg

- kontinuierliche Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, das heißt insbesondere dem Entwicklungspolitischen Netzwerk Sachsen e.V.
- strukturelle Etablierung der Entwicklungspolitik in der Landespolitik im Dialog mit dem Landesnetzwerk mit entwicklungspolitischen Leitlinien, regelmäßiger Berichterstattung an Parlament und Zivilgesellschaft sowie verlässlicher Förderung durch eine aufgewertete Richtlinie.

1.2 Stärkerer Einsatz Sachsens auf Bundes- und Europaebene für die Entwicklungspolitik sowie eine aktivere Rolle bei der Förderung und Umsetzung entwicklungspolitischer Themen in der Landespolitik

- Verbindlichkeiten festlegen in entwicklungspolitischen Leitlinien des Freistaates Sachsens
- Verbreiterung entwicklungspolitischer Aktivitäten der sächsischen Zivilgesellschaft in und Unterstützung wichtiger Themen auf europäischer und Bundesebene: zum Beispiel die Forderung nach einem fairen Beschaffungswesen oder eines internationalen Insolvenzverfahrens
- Länderübergreifende Abstimmung entwicklungspolitischer Aktivitäten, zum Beispiel bei der Teilnahme am Bund-Länder-Ausschuss für Entwicklungspolitik
- Überarbeitung der sächsischen Nachhaltigkeitsstrategie hinsichtlich der nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs), die im September 2015 von der UN-Vollversammlung verabschiedet wurden.

•2•

Berücksichtigung menschenrechtlicher und ökologischer Kriterien im Beschaffungswesen der sächsischen Landesregierung und der sächsischen Kommunen

Der Einkauf des Freistaats Sachsen und der sächsischen Kommunen umfasst unter anderem Dienstkleidung für die Polizei und Ordnungsamt, Pflastersteine für Marktplätze oder Büromaterialien und IT-Produkte für die Verwaltung – in Millionenhöhe. Diese Waren werden derzeit vor allem nach Kriterien ihrer Wirtschaftlichkeit der Produkte beschafft. Ökologische und soziale Kriterien gelten weitgehend als vergabefremd.

Da die öffentliche Hand dafür Steuergelder ausgibt, ist eine öffentliche Debatte um folgende Fragen angemessen: Was wird eingekauft? Wo wird eingekauft? Zu welchem Preis und auf wessen Kosten wird eingekauft?

Denn den Preis für den allzu häufig billigen Einkauf zahlen in der Regel andere. Internationale Studien belegen, dass in den meisten Fällen gegen Arbeits- und Menschenrechte verstoßen und die Umwelt belastet wird.

Wer die regionale Wirtschaft stärken, Fluchtursachen bekämpfen ebenso wie verantwortungsbewusst und vorbildlich handeln will, für den ist ein strategischer Einkauf unerlässlich.

Forderungen

2.1 Einführung verbindlicher menschenrechtlicher und ökologischer Kriterien auf allen administrativen Ebenen und entsprechende Änderungen des Sächsischen Vergaberechts bzw. der Sächsischen Vergabedurchführungsverordnung

- Einhaltung der aus der Erklärung der allgemeinen Menschenrechte 1948 abgeleiteten Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation und Zahlung eines existenzsichernden Lohnes⁴
- unabhängige Kontrolle der Einhaltung dieser menschenrechtlicher Mindeststandards der Bieter bei der Vergabe.⁵

2.2 Erstellung eines verbindlichen Aktionsplans für eine verantwortungsvolle und nachhaltige Beschaffung in Sachsen mit klaren Zielen und Umsetzungsfristen durch die sächsische Staatsregierung

•3•

Bildungspolitik

Die Umsetzungen der SDGs und der Klimaziele von Paris können nur in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung gelingen. Bildung ist dabei ein wesentlicher Schlüssel. Globales Lernen bietet vielfältige Zugänge, vermittelt globale Zusammenhänge, stärkt die Empathiefähigkeit und kann so dem Rassismus gegensteuern.

Bislang ist Globales Lernen (GL) im Rahmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Sachsen noch nicht weit verbreitet. Oft wird beides gar mit Umweltbildung gleichgesetzt. Damit werden jedoch die sozialen und ökonomischen Aspekte von Nachhaltigkeit außen vor gelassen.

GL ist eine Chance und Notwendigkeit, um die künftige Entwicklung im Freistaat Sachsen und anderswo tatsächlich nachhaltig zu gestalten. Deshalb sollten die Möglichkeiten dieses kompetenz- und handlungsorientierten Bildungskonzeptes in der schulischen und vorschulischen Bildung

Der Beschluss des Sächsischen Landtags und einiger Kommunen über die „Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit“ kann nur ein erster Schritt in diese Richtung sein.

Verwaltungstechnisch einfach zu überprüfende Nachweisformen im Rahmen der Auftragsausführungsbestimmungen oder der Zuschlagskriterien sind Zertifizierungen wie das Fair Trade-Siegel oder die bestätigte Mitgliedschaft in einem Verband mit einem weitgehenden Sozialkodex wie die FAIR WEAR Foundation.

in Sachsen viel stärker genutzt werden, denn GL/BNE und ihre Akteure sind nichts Zusätzliches, gar Karitatives. Entsprechende Angebote sollten sich als eine zukunftsweisende Bildung und für eine Gesellschaft wichtiges Korrektiv etablieren.

Die Sustainable Development Goals (SDG), das Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung und der 2015 überarbeitet erschienene „Orientierungsrahmen für den Lernbereich globale Entwicklung“ der Kultusministerkonferenz und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sind ein guter Rahmen, um Globalem Lernen zukünftig bei Pädagogen und politischen Entscheidungsträgerinnen zu mehr Aufmerksamkeit und besseren Rahmenbedingungen zu verhelfen.

Ein Schritt für Sachsen dahin ist die flächendeckende Umsetzung des bislang unter PädagogInnen oft noch unbekanntes „Orientierungsrahmens für den Lernbereich globale Entwicklung“ mit entsprechenden Lehr- und Projektangeboten – vom Kindergarten bis zu den Hochschulen – sowie eine adäquate Aus- und Weiterbildung für LehrerInnen, denn diese geben später ihre Werte und Vorstellungen an SchülerInnen und KollegInnen weiter. Dabei sollten die umfangreichen Erfahrungen und Kompetenzen der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) stärker als in der Vergangenheit gefragt sein.

Die Vereine und Initiativen führen jährlich weit über 1.000 Bildungsveranstaltungen im schulischen Bereich zu BNE/GL in Sachsen durch. Einige können auf über 20 Jahre Erfahrung in den Bereichen Didaktisierung komplexer, globaler Sachverhalte und Durchführung interaktiver Meta-Methoden im schulischen Kontext zurückblicken. Sie arbeiten aber oft unter schwierigen Bedingungen und bekommen nur marginale finanzielle Unterstützung vom Freistaat über die Richtlinie Interregionale Zusammenarbeit und Entwicklung.

NRO müssen endlich auch im sächsischen Bildungssystem als Partner auf Augenhöhe angenommen werden! Denn Lehrkräfte haben wenig Zeit für die Erarbeitung und Durchführung fächer- oder themenübergreifender Angebote mit interaktiven Methoden. Im ländlichen Raum ist dies derzeit aufgrund eines geringen Angebots kaum möglich. Infolgedessen findet dort entwicklungspolitische und antirassistische Bildungsarbeit so gut wie nicht statt.

Sächsische LehramtsstudentInnen und ReferendarInnen haben bislang wenig Kontakt mit dem Bildungskonzept und den Inhalten und Methoden des Globalen Lernens in ihrer universitären Ausbildung.

Weitere hoffnungsvolle Ansätze für mehr GL in Sachsen sind das sachsenweite Portal www.bne-sachsen.de in Kooperation mit dem Entwicklungspolitischen Netzwerk Sachsen e.V., das Anbietende von und Nachfragende nach Bildungsangeboten, Materialien, Fortbildungen und Veranstaltungen zum Globalen Lernen und zur BNE zusammenbringt. Bei der Umsetzung des Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung des SMK werden Handreichungen für Lehrkräfte zu Globalen Lernen erstellt. Beide sollten ebenfalls weiter ausgebaut und unter PädagogInnen bekannter gemacht werden.

Forderungen

3.1 Globales Lernen (GL) systematisch unter Beteiligung der Zivilgesellschaft in der sächsischen formellen und informellen Bildung verankern

- Schaffung eines verbindlichen und sicheren Rahmens für die Umsetzung von GL
- Verankerung von GL in den politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Bildungsbereiche
- Integration von GL in die sächsische und lokale Nachhaltigkeitsstrategien
- dauerhafte etatisierte Förderprogramme für GL
- Stopp des Mittelabbaus im Bereich ethisch-philosophische Bildung
- Erhöhung der Gesamtstundenzahl für politische und ethisch-philosophische Bildung in den Fächern Ethik, Gemeinschaftskunde etc. in den sächsischen Schulen
- explizite Benennung des „Globalen Lernens“ als ein Themenfeld der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ im sächsischen Schulgesetz im §1 (3)
- systematische Integration des GL in die LehrerInnenfortbildung in allen Unterrichtsfächern durch Kooperation mit außerschulischen Partnern (NRO)
- weitere Unterstützung der redaktionellen Betreuung des Portals www.bne-sachsen.de und der entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit für seine Verankerung in der sächsischen Bildungslandschaft
- Förderung und finanzielle Unterstützung migrantischer Organisationen, vor allem solcher, die sich in der Bildungsarbeit engagieren
- Vermittlung wirtschaftlicher Grundkenntnisse, insbesondere über

weltwirtschaftliche Zusammenhänge und internationale politische Verbindungen in der schulischen Bildung

3.2 Verständnis von GL und BNE bei allen Akteuren fördern und verbindliche Kriterien aufstellen

- Vorstellung des Bildungskonzept Globales Lernen und den neuen Orientierungsrahmen auf den SchulleiterInnenkonferenzen, FachberaterInnenntreffen in allen Regionen
- stärkerer Einbezug der außerschulischen Bildungsakteure und Kooperationspartner
- Kooperationen außerschulischer politischer Bildungsakteure mit Schulen fördern durch geeignete Rahmenbedingungen (Finanzen, flexible Lehrplangestaltung)
- stärkere und verbindlicher Einbeziehung von GL und BNE, im Sinne der Interkulturalität, für ErzieherInnen, Tagesmütter und -väter der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege (SächsKitaG)

3.3 systematische Partizipation der zivilgesellschaftlichen außerschulischen Bildungsakteure sowie angemessene Finanzierung von Strukturen

- Anerkennung von Vielfalt durch Partizipation von Kindern und Jugendlichen bei allen Prozessen sowie Anregung einer inklusiven Ausrichtung aller Angebote
- Ermöglichung der Beteiligung der Zivilgesellschaft an schulischer Bildung und an der Weiterentwicklung der Lehr- und Bildungspläne
- Vertretung der außerschulischen Bildungsakteure im Bereich BNE/GL im Landesbildungsrat: je ein/e VertreterIn des Netzwerks Umweltbildung in Sachsen sowie des Entwicklungspolitischen Netzwerkes Sachsen e.V.

3.4 „Whole institution approach“ – (Hoch-)Schulentwicklung im Sinne der BNE

- Anregung und Unterstützung Allgemeinbildender Schulen und Hochschulen bei ihrer Schulentwicklung hin zu einem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung
- Förderung entsprechender Schulentwicklungsplanungen und Schulprofile
- Förderung und Unterstützung von Studierenden als Gestalter nachhaltiger Entwicklung

•4• Entwicklungszusammenarbeit des Landes und der Kommunen

Viele entwicklungspolitische Gruppen in Sachsen setzen sich für die Armutsbekämpfung weltweit ein und mobilisieren junge wie ältere Menschen, Zeit und Ressourcen für eine Verbesserung der Lebensbedingungen in ärmeren Ländern bereitzustellen. Beispielhaft sei hier das von der Sächsischen Jugendstiftung und dem ENS getragene Projekt „genialsozial – Deine Arbeit gegen Armut“ genannt. 29.300 sächsische Schüler haben 2015 durch ihren Arbeitseinsatz an einem Tag 590.000 Euro erarbeitet und spenden einen großen Teil davon an Partnerschaftsprojekte zwischen sächsischen Vereinen und Gruppen aus Ländern des Globalen Südens.

Der Freistaat Sachsen fördert derzeit jedoch nur Projekte der Wirtschaftsförderung in diesen Ländern. Dies ist nur ein Teil der anerkannten Entwicklungshilfe im Sinne der sogenannten ODA-Quote (official development assistance – Offizielle Entwicklungshilfe), die jährlich an die OECD gemeldet wird. Projekte zur direkten Armutsbekämpfung werden vom Freistaat Sachsen nicht durchgeführt. Sächsische Vereine, die in der Armutsbekämpfung engagiert sind, können keine sächsischen Mittel beantragen, um Projekte zu verwirklichen. Das ENS sieht hier eine gute Möglichkeit des Freistaates durch Kofinanzierung der von SchülerInnen geförderten Projekte, einen Beitrag für mehr Gerechtigkeit weltweit zu leisten, wie auch das Engagement der SchülerInnen zu würdigen.

Die Sächsische Landesregierung unterstützt Aktivitäten der Lokalen Agenden in Sachsen. Dies begrüßt das ENS ausdrücklich. Die internationalen Aspekte in den lokalen Agenden sowie in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit sollten jedoch stärker berücksichtigt werden. Auch sollte insbesondere die bestehende Zusammenarbeit mit Partnerländern und Partnerstädten genutzt werden und das Potenzial der in Sachsen tätigen ausländischen WissenschaftlerInnen und ausländischen Studierenden einbezogen werden. Aber dazu braucht es eine bessere finanzielle Unterstützung der Lokalen Agenden in Sachsen.

Der Anteil internationaler Studierender an Hochschulen in Sachsen ist in den letzten Jahren stark gestiegen, beispielsweise an der TU Chemnitz von rund sechs Prozent auf 25 Prozent in 2016. Es wurden zahlreiche englischsprachige Studiengänge eingerichtet. Der Erhalt der Größe von Hochschulen in Sachsen wird dadurch zahlenmäßig abgesichert. Internationale Studierende können eine gute Rolle als „Botschafter ihrer Länder“ übernehmen. Dabei werden politische Fragen begreifbar, die für Menschen in Nord und Süd relevant sind. Internationale Studierende sind

Menschen, die eine Rolle in der Reduzierung von Vorurteilen und Diskriminierung spielen können.

Das Studienbegleitprogramm STUBE Sachsen gestaltet gemeinsam mit Studierenden Bildungsarbeit zu politischen Themen, die lokal und global relevant sind. Es unterstützt Studierende, Kontakte zu knüpfen, mit den interkulturellen Herausforderungen des Aufenthaltes in Deutschland besser zurechtzukommen, ihr Studium erfolgreich zu absolvieren sowie Praktika- oder Studienaufenthalte in Entwicklungsländern finanzieren zu können. STUBE bietet Kontakte zu gesellschaftlichen Akteuren in Sachsen und fördert somit gesellschaftliches Engagement und Partizipation der Studierenden.

Forderungen

4.1 Stärkere Förderung von Partnerschaftsprojekten der sächsischen NRO im Bereich „Armutsbekämpfung“ wie auch der Verknüpfung von Klimaschutz und Armutsbekämpfung

- Bereitstellung von Mitteln für die Durchführung von Projekten der sächsischen Zivilgesellschaft zur Armutsbekämpfung und zur entwicklungsorientierten Nothilfe weltweit durch die sächsische Landesregierung
- Einbeziehung von ausländischen Studierenden an sächsischen Hochschulen und Universitäten und migrantischen ReferentInnen bei der Aus-, Fort- und Weiterbildung von PädagogInnen mit finanzieller Förderung einer koordinierenden Stelle dafür
- Förderung des Studienbegleitprogramms für Studierende in Asien, Afrika, Lateinamerika und Mittel- und Osteuropa (STUBE) mit dem (ursprünglichen) Förderniveau in Höhe von jährlich 50.000 Euro
- finanzielle Unterstützung der Lokalen Agenden

4.2 Unterstützung kommunaler und regionaler Entwicklungspartnerschaft in Sachsen und Förderung des Agenda 21-Prozesses

- Förderung der Zusammenarbeit mit Partnerländern/Partnerstädten durch finanzielle Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Projekten im Sinne der Nachhaltigkeit bzw. entwicklungspolitischen Eine-Welt-Arbeit von sächsischen BürgerInnen mit PartnerInnen in den Ländern des globalen Südens
- landesweite Koordinierung und Vernetzung der Entwicklungspartnerschaftsprojekte einzelner Kommunen und Aktivitäten der Partnerstädte

•5• Fluchtursachen bekämpfen

Fluchtursachen zu bekämpfen ist eine wichtige Forderung aller Mitgliedsgruppen des ENS. Geflüchtete suchen Frieden, Sicherheit und eine Lebensperspektive, die sie in ihren Ländern nicht (mehr) vorfinden.

Berichte von unseren Mitgliedsorganisationen erzählen von existenzgefährdenden Arbeitsbedingungen bei TextilarbeiterInnen, der Vernichtung von Dörfern durch extensive Monokulturen wie Soja und Palmöl, von der Zerschlagung lokaler Industriebranchen durch die Überschwemmung subventionierter Produkte aus Europa.

Wir tragen mit unserer Produktions- und Lebensweise eine Mitverantwortung dafür, dass Menschen aus ihrer Heimat fliehen müssen. Umso wichtiger ist es, dass das Recht auf Asyl nicht weiter beschnitten wird.

Wir solidarisieren uns mit den Forderungen von Wohlfahrtsverbänden, Flüchtlingsräten, Menschenrechtsgruppen und kirchlichen Einrichtungen nach der Schaffung von sicheren Migrationsrouten. Dies ist eine entscheidende Möglichkeit zum Schutz der Menschen auf der Flucht.

Der Gebrauch des Konzepts „Sicheres Herkunftsland“ widerspricht den Erfahrungen von Vereinen der entwicklungspolitischen Auslands- und Menschenrechtsarbeit. Die fehlende nachhaltige Einhaltung der Menschenrechtssituation in instabilen Länder des Südens ergibt keinen sicheren, dauerhaften Zustand.

Forderungen

5.1 Menschenrechte über handels-, finanz- und wirtschaftspolitische Interessen stellen; Fluchtursachen statt Geflüchtete bekämpfen; Asylrechte respektieren, nicht einschränken

- Die Landesregierung, als Vermittlungspartner zwischen internationalen Konzernen aus Sachsen und ihren SüdpartnerInnen, soll Sorge dafür tragen, dass Handelsaktivitäten nach den Kriterien einer nachhaltigen Entwicklung erfolgen.
- Festlegung von entwicklungspolitischen Aufgaben anhand von Leitlinien
- Verständnis des entwicklungspolitischen Ansatzes als Querverbindung zu Menschenrechtsarbeit und politischer Bildungsarbeit

5.2 Asylpolitik ändern

- faire Asylverfahren für jeden Schutzsuchenden (asylrechtskundige Beratung und ärztliche Betreuung im Fall von traumatisierten Personen)

- Einsatz der Landesregierung für einen uneingeschränkten Familiennachzug für subsidiär Geschützte

•6•

Antirassistisches Engagement

Antirassismus und Entwicklungspolitik müssen zusammen gedacht werden. Bisher wissen die Engagierten aus der Entwicklungspolitik und antirassistischen AktivistInnen wenig voneinander. Antirassismus sollte aber einen Rahmen für entwicklungspolitische Bildungsarbeit und Entwicklungszusammenarbeit abgeben.

Mit den Wanderungsbewegungen steigen einerseits die konkreten Hilfsleistungen in vielen sächsischen Kommunen, andererseits nimmt aber auch die Zahl der fremdenfeindlichen Übergriffe zu. Maßnahmen gegen rechtes und rassistisches Gedankengut sind dringlicher denn je – hier gilt es mit einer Offensive auf unterschiedlichen Ebenen gegenzusteuern.

Forderungen

6.1 in der Schulbildung

- verstärkt rassismuskritische und Perspektiven von Menschen aus dem Globalen Süden im sächsischen Lehrmaterial
- verbindliche Trainings zu Menschenrechten und Antirassismus sowie Themen des Globalen Lernens in der Lehrerausbildung

6.2 Positionierung des Staates gegen Intoleranz und Rassismus

- mehr Förderung von Initiativen im sozialen, kulturellen und demokratischen Bereich
- Förderung von Projekten und Vereinen, die an der Schnittstelle von Entwicklungspolitik und Antirassismus liegen
- Sichtbarmachung dieser Position bei Veranstaltungen und in der Öffentlichkeit
- Schutz der MigrantInnen vor verbalem und gewalttätigen Rassismus
- Förderung von mehr Projekten und auch zivilgesellschaftlichen Strukturen im ländlichen Raum

•7• Strukturelle Förderung der entwicklungspolitischen NRO in Sachsen

Die Erhöhung der Haushaltsmittel für das entwicklungspolitische Engagement der Nichtregierungsorganisationen in Sachsen sollte einhergehen mit der Unterstützung eines konkreten Ansprechpartners für diesen Themenbereich. Professionelle Betreuung von ehrenamtlichem Engagement im Bereich Entwicklungspolitik/Nachhaltige Entwicklung bedarf einer kontinuierlichen Arbeit. Diese wird bisher vom Freistaat Sachsen noch zu wenig gefördert. Dem ENS und den Mitgliedsgruppen ist es gelungen, über Jahre hinweg für die entwicklungspolitische Arbeit im Bildungs- wie im „Entwicklungshilfe“bereich Kofinanzierung von Stiftungen, der Kirche bzw. von der Bundesregierung zu akquirieren – ein Beitrag des sächsischen Freistaates ist jedoch unerlässlich.

Forderungen

7.1 Die Kofinanzierung des Eine Welt-PromotorInnen-Programmes in Sachsen

- Schaffung von insgesamt 5 Personalstellen, um entwicklungspolitische Themen in die Breite zu tragen.



Wer ist das Entwicklungspolitische Netzwerk Sachsen?

Das ENS ist ein Zusammenschluss von Vereinen, Gruppen und Initiativen, die sich für zukunftsfähige Entwicklung und weltweite Gerechtigkeit einsetzen.

Gegründet hat sich der Verein 1995 und ist heute eine Plattform entwicklungspolitischer und interkultureller Initiativen in Sachsen.

Die Tätigkeitsfelder der Mitgliedsorganisationen umfassen:

- partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit
- Entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit
- Fairer Handel
- Verknüpfung von Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit
- Interkulturelle und interreligiöse Bildung
- Menschenrechts- und Antirassismusbearbeitung